

Nusxan 5 Kruştur

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN HARİC İÇİN

Aylık	Türk Lirası	1.80	R. M.	8.-
Üç aylık		4.20		13.-
Altı aylık		8.-		25.-
Bir senelik		16.-		50.-

Yıllık nakitli.

Haftada 6 defa çıkar.

Karabona

Teknik Cadde No. 589 ve 587.

Telegraf adresi: Türlpost.

Telefon: 44.600.

Posta Kutusu: İstanbul 1209.

Türksche Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krgr

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Nr 1 Monat	T. Pfd. 1.80	R. M. 8.-
" 3 Monate	" 4.20	" 13.-
" 6 Monate	" 8.-	" 25.-
" 12 Monate	" 16.-	" 50.-

oder Gegenwert

Ercheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:

Teknik-Cadde No. 585-587.

Druckmaschinen: Türlpost.

Fernsprecher: 44.600.

Postfach: İstanbul 1209.

8. Jahrgang Nr.106

Tageszeitung für den Nahen Osten

Istanbul, Montag, 8. Mai 1933

Das ganze Deutschland muss es sein!

Begeisterter Empfang der bayerischen Regierung im ganzen Lande

München, 7. Mai
Der Reichsstatthalter von Bayern und die gesamte bayerische Staatsregierung unternahm heute eine Fahrt durch das Land, die in Lindau endigte. Auf allen Stationen standen dichtgedrängt, in nationaler Festkleidung die von allen Seiten herbeigeeilten Massen der Landbevölkerung und brachten General v. Epp und den Ministern solche Huldigungen dar, daß ihre Fahrt einem Triumphzug glich. Sie wurden mit Blumen überschüttet und die Begeisterung der Menge nahm Formen an, wie man sie noch nicht erlebt hatte. Überall standen die Behörden, SA, SS., die nationalen Verbände und die Jugend an den Bahnhöfen und begrüßten den Statthalter und die neue Regierung mit tausenden Heilrufen, mit Festansprachen, Musik und Blumenkränzen. Die Stadt Lindau bereitete ihnen einen Empfang wie ihn noch kaum ein König erlebt hatte. Ein wahrer Begeisterungstempel hatte die ganze Bevölkerung erfährt. In tiefer Rührung dankte der Reichsstatthalter dem Bürgermeister der Stadt für die vom Herzen kommende und zum Herzen gehende festliche Begrüßung. Auch aus Oesterreich waren zahlreiche Freunde und Partigenossen er-

schienen. An sie wandte sich General v. Epp gleichfalls und erklärte, niemals würden die Bande des Herzens und des Blutes vergessen, die Deutschland und Oesterreich verbinden, auch wenn man nicht darüber spreche. Ministerpräsident Siebert betonte in seiner Ansprache mit Bezugnahme auf Oesterreich: „Wir lassen uns nach der ruhmvollen österreichisch-deutschen Waffenbrüderschaft den Glauben an die Zukunft nicht rauben, daß einst die Stunde kommen wird, wo der Himmel diesem Bunde den Segen gibt. Wir werden uns nie in die inneren Verhältnisse des Nachbarlandes einmischen, wie man das vor kurzem von uns behauptet hat, werden nie von außen her die Integrität Oesterreichs antasten. Wir können warten, bis es das Volk selbst zuzwege bringt: das ganze Deutschland muß es sein.“ Mit einem dreifachen Sieg Heil! auf das ganze deutsche Volk, das Vaterland und den Führer Adolf Hitler schloß der Ministerpräsident Siebert seine Rede. Die Reise des Statthalters und der bayerischen Regierung zeigte voll und deutlich, daß heute in Bayern Regierung und Volk so innig miteinander verbunden sind, wie noch nie zuvor.

S. S. und S.A.-Aufmarsch in Kiel

Ansprache Hitlers

Kiel, 7. Mai
In Kiel fand heute der angekündigte Aufmarsch der Schleswig-holsteinischen SS. und SA. vor ihrem obersten Führer Adolf Hitler statt. Es waren rund 30.000 SS. und SA-Leute in Kiel eingetroffen. Der Aufmarsch wohnte die gesamte Führerschaft der nationalsozialistischen Wehrverbände bei, unter ihnen Stabschef Röhm und SS-Führer Himmler, Gauleiter Lohse und der Kieler Kreisleiter Oberbürgermeister Behrens. In seiner Ansprache an die aufmarschierten Formationen erklärte Hitler u. a., die nationale Erhebung Deutschlands sei vollzogen worden von der größten politischen Organisation, die Deutschland je gesehen habe und die nicht nur eine Organisation des Willens, sondern auch eine Organisation der Kraft und der Gewalt sei. Mehr als 600.000 Männer, die heute in Deutschland im braunen Hemd oder mit der schwarzen Mütze hinter dem Nationalsozialismus stünden, seien eine unerschütterliche Garde, die das große Geschehen nicht nur eingeleitet haben, sondern auch konsequent bis zum Letzten weiterführen würden, und dieses Ziel sei die innere und tatkräftige Ueberwindung des November 1918. Dabei wolle die nationalsozialistische Bewegung gegen die damalige Revolution nicht deshalb Stellung nehmen, weil sie eine Erhebung gewesen sei, sondern weil sie durchgeführt worden sei in einem Augenblick, wo Deutschland im schwersten Kampfe um seine Existenz restanden habe. Der Neubau des Staates sei eine Frage der inneren Genesung des deutschen Volkes und eine solche sei nicht von heute auf morgen zu erreichen. Man habe ferner schon von Anfang an gewußt, daß nicht nur durch eine formale Aenderung der Leitung Deutschland gerettet werden könne, sondern daß in mühevoller Arbeit dem Volke das anerzogen werden müsse, was als Wesensausdruck eines Volkes anzusehen sei. Dann befaßte sich der Führer mit den Aufgaben der SS. und SA. und erklärte, sie seien die Garde der nationalen Revolution, denn sie hätten sie mit ihrem Namen getragen und müßten der Garant sein für den siegreichen Vollzug der nationalen Revolution. Diese Revolution könne sich aber nur dann siegreich vollziehen, wenn durch die Disziplin der SS. und SA. ein neues deutsches Volk herangezogen werde. Die SS. und SA.-Män-

ner seien die politischen Willensträger der deutschen Nation. Die Fahne, die von ihnen getragen werde, sei die Fahne der politischen und geistigen Revolutionierung des deutschen Volkes. Es werde deshalb die Zeit kommen, da unter diesem Banner wirklich das ganze Deutschland marschiere. „Wir wollen nicht kleinlich sein“, so sagte der Kanzler weiter, „und jedem die Hand reichen, der sich uns anschließen will!“ Mit den Führern der Revolution von 1918 werde man keine Barmherzigkeit üben, aber den Verführten die Hand geben. Wer aber glaube, daß er die Bewegung der nationalen Revolution weiter sabotieren oder gar aufhalten könne, der werde erfahren, daß die Faust dieser jungen Garde stark genug sei, um jeden Widerstand zu brechen. Zum Schlusse richtete der Führer an die SA. und SS. sowie an die heranwachsende Jugend die Bitte, den großen Erfolg der nationalen Revolution in ihrer inneren Bedeutung zu erkennen und in Zukunft genau so diszipliniert hinter ihm zu stehen wie bisher. Man gehe einer schweren Zeit entgegen, der Zeit der Geduld und des Ausharrens. Nach seiner Ansprache nahm der Führer den fast zwei Stunden dauernden Vorbeimarsch der Verbände ab und bestieg dann um 18.30 Uhr auf dem Holtenauer Flugplatz das Flugzeug, das ihn wieder nach der Reichshauptstadt zurückführte. In Kiel wurden bei politischen Durchsichtungen in Hotels und Pensionen 60 Kommunisten verhaftet.

Der Kyffhäuserbund unterstellt sich Hitler

Berlin, 7. Mai
Der Gesamtverband des Kyffhäuserbundes ermächtigte in seiner heutigen Sitzung den Präsidenten des Bundes, General v. Horn, die allein verantwortliche Führung des Bundes zu übernehmen. General v. Horn erließ an alle dem Bunde unterstehenden Verbände einen Aufruf, in dem betont wird, daß sich der Kyffhäuserbund voll und ganz zum neuen Deutschland bekenne. In dem Kampfe um Ehre und Freiheit für die Größe Deutschlands fühle er sich der nationalsozialistischen Bewegung verbunden und unterstelle sich in jeder Hinsicht dem Schöpfer des neuen Deutschland, dem Reichskanzler Adolf Hitler.

Der Gasi

Ankara, 7. Mai (A.A.)
Der Staatspräsident besuchte heute kouds das Orman-Taschiflik und kehrte am Abend nach Ankara zurück.

Ein Brief Kiasim Kara Bekir Paschas
Ankara, 7. Mai (A.A.)
In der morgigen „Hakimiyet Milliye“ wird folgende Mitteilung erscheinen:
Bekanntlich erschien in der Zeitung „Milliyet“ vom 5. Mai ein Brief Kiasim Kara Bekir Paschas anlässlich der Aufsätze des „Millici“ über „Ankaraer Erinnerungen“.
Ueber diesen Brief, der sich auf die erste Zeit des Unabhängigkeitskrieges bezieht, bat unser Schriftleiter, Falih Rifki Bey den Staatspräsidenten um seine Meinung.
Auf die Frage unseres Hauptchriftleiters, ob der Gasi diesen Brief gelesen habe, antwortete der Gasi kurz:
„Ich habe ihn gelesen.“
„Würden Sie mir die Frage erlauben, welchen Eindruck Sie davon bekommen haben?“
„Ja. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Nervenzärzte auf den Verfasser dieses Briefes lenken.“

Hitler besucht die Reichsmarine

Berlin, 7. Mai (A.A.)
Reichskanzler Hitler wird am 22. und 23. Mai in Begleitung des Chefs der Marineleitung Admiral Raeder und des Reichswehrministers v. Blomberg an den Tag- und Nachtübungen der Reichsmarine teilnehmen.

Zur Kolonialfrage

Berlin, 7. Mai (A.A.)
Von zuständiger Seite wird die Nachricht als falsch bezeichnet, daß Hitler bei einer Unterredung, die er dem Berichterstatter des „Daily Telegraph“ gewährte, von Kolonialansprüchen Deutschlands gesprochen haben soll. Es war bei dieser Unterredung nur von den englischen Interessen in Uebersee die Rede, auf die Deutschland Rücksicht nehmen werde.

Die Hochschulen im neuen Deutschland

Berlin, 7. Mai (A.A.)
Anlässlich der feierlichen Verkündigung des neuen deutschen Studentenrechts legte der preussische Kultusminister Rust die künftigen Aufgaben der deutschen Universitäten dar und brandmarkte den Geist, der 14 Jahre lang die deutschen Hochschulführer geleitet habe. Die Universität sei nicht nur eine Stätte der Wissenschaft, sondern auch der Erziehung. Die Jugend marschierte, die Professoren waren jedoch nicht mehr an der Spitze. In der Seele der Studenten entstand Bournahrung, als sie fühlten, daß sie von ihren Professoren nicht mehr verstanden wurden. Der Staat kann zwar kleinere Konflikte unterdrücken, aber die Beschneidung der inneren Unstimmigkeiten ist Sache der Professoren. Die Jugend läßt sich nicht mehr von fremdenrassigen Lehrern führen.

Vom Zentrum

Berlin, 7. Mai (A.A. nach WTB.)
Die Tagung der Zentrumsparlei, auf der der frühere Reichskanzler Brüning zum Parteiführer gewählt wurde, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der dem früheren Parteiführer, Prälat Kaas, für seine Tätigkeit gedankt und erklärt wird, daß die Zentrumsparlei im Rahmen der Nationalen Front für Deutschlands Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung und für den Sieg der Gerechtigkeit kämpft.

Ruhe in Oesterreich

Innsbruck, 7. Mai
Der heutige Tag ist in Innsbruck und Salzburg vollkommen ruhig verlaufen. Kleinere Ansammlungen in Innsbruck wurden ohne Zwischenfälle zerstreut.

Die Athener Verhandlungen

vor dem Abschluß

Athen, 7. Mai
Wie verlautet, soll morgen der Wortlaut des türkisch-griechischen Handelsabkommens festgelegt werden. Außenminister Maximos wird morgen den Besuch der türkischen Vertreter empfangen. Gestern abend hatte er eine längere Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten Tsaldaris, bei der auch der Zeitpunkt der Reise der griechischen Minister nach Ankara zur Sprache kam und man beschloß, diese Reise nach den bevorstehenden Gemeindevahlen anzutreten. Man hegt die Zuversicht, daß bei dem morgigen Zusammenkunft des griechischen Außenministers mit den türkischen Ministern auch die wenigen kleinen Hindernisse hinweggeräumt werden, die der Unterzeichnung des Handelsabkommens augenblicklich noch im

Wege stehen, sodaß die Unterzeichnung des Vertrages bis Mittwoch erfolgen dürfte.
Der türkische Wirtschaftsminister Dschelal Bey und Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Numan Rifat Bey, werden voraussichtlich am Mittwoch, den 10. Mai die Rückreise nach der Türkei antreten.
Die türkische Abordnung für die Weltwirtschaftstagung
Ankara, 7. Mai (Tel.)
Die Vorbereitungen für die Londoner Weltwirtschaftstagung sind in vollem Gange. Man nimmt an, daß neben dem Außenminister Tewfik Rüşdi Bey auch der Wirtschaftsminister sowie der Finanzminister an der Tagung teilnehmen werden.

Rücktritt Hugenbergs?

Berlin, 6. Mai (A.A. nach Havas)
Zwischen Hugenberg und den Nationalsozialisten scheint eine Meinungsverschiedenheit zu bestehen, die sich verschärft. Hugenberg droht mit dem Rücktritt, was den Nationalsozialisten jedoch nicht unangenehm ist, da sie einen anderen Anwärter für den Posten des Landwirtschaftsministers haben, und zwar den landwirtschaftlichen Sachverständigen der NSDAP, Darre, dessen Programm im Rahmen des nationalsozialistischen Vierjahresplanes drei Hauptpunkte umfasst:
1. eine rasche Gesundung der Landwirtschaft,
2. Innenkolonisation und Aufteilung des Großgrundbesitzes in Ostdeutschland,
3. durch diese beiden Mittel Schaffung einer gesunden und festen Grundlage für das nationale Leben, besonders in den bedrohten Gebieten.

Zum Verbot des „Journal“

Paris, 7. Mai (A.A.)
Der französische Botschafter in Berlin wurde von der Pariser Regierung beauftragt, gegen das Verbot einiger französischen Zeitungen, besonders des „Journal“ im Reich Einspruch zu erheben. Falls der Schritt erfolglos sein sollte, dürfte die französische Regierung ähnliche Maßnahmen gegen einige deutsche Zeitungen in Frankreich ergreifen.

Norman Davis' Auftrag

London, 6. Mai
Wie aus London gemeldet wird, wird der amerikanische Sonderbotschafter Norman Davis London erst im Verlaufe der nächsten Woche verlassen. Norman Davis hat von seiner Regierung den Auftrag erhalten, von der englischen Regierung eine positive Antwort auf die Frage des geplanten Zollwaffenstillstandes zu erreichen.

Heute polnische Präsidentenwahl

Warschau, 7. Mai
In Polen wird morgen der Staatspräsident neu gewählt werden. Die Wahl erfolgt durch die beiden Häuser des polnischen Parlaments. Die Amtszeit des jetzigen Präsidenten, der im Jahre 1926 gewählt wurde, läuft im Juni d. J. ab.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Daladier und Herriot

Paris, 7. Mai
Zwischen dem gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem früheren Chef der französischen Regierung Herriot sollen Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit der Washingtoner Reise Herriots entstanden sein. Mehrere Rechtsblätter wollen wissen, daß Herriot bei den Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten einer Neuregelung der französischen Kriegsschulden zugestimmt habe, mit der Daladier durchaus nicht zufrieden sei. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Kürze des amtlichen Berichtes hingewiesen, in dem die Unter-

Italien und U. S. A.

Washington, 7. Mai
Auch der Vertreter Italiens, Finanzminister Jung, hat jetzt seine Besprechungen mit dem amerikanischen Staatspräsidenten beendet. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird ein von Jung und Roosevelt gemeinsam veröffentlichter Bericht bekanntgegeben, in dem es u. a. heißt, Amerika und Italien seien über die Weltkrise der gleichen Auffassung. Die Weltwirtschaftstagung müsse daher nicht nur bald zusammentreten, sondern auch schnell zu einem Entschluß kommen. Eine wirtschaftliche Abrüstung könne nur in einer Welt durchgeführt werden, in der auch eine militärische Abrüstung möglich sei. Ein Gradmesser für internationale Zahlungen müsse wieder hergestellt werden und dieser müsse das Gold sein. Der Bericht schließt mit der Erklärung, daß sowohl Roosevelt wie Jung fest entschlossen seien, die Weltwirtschaftstagung zu einem Erfolg zu bringen.

Verordnungen der Saar-Regierung

Saarbrücken, 6. Mai (A.A.)
Der saarländische Regierungsausschuß legte dem Landesrat den Wortlaut dreier Verordnungen vor. Die erste Verordnung betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und gibt der Regierung das Recht, Versammlungen zu verbieten, politische Verbände aufzulösen und im Falle der Gefährdung der öffentlichen Ordnung Unruhmöglichkeiten zu schließen. Zeitungen zu verbieten und Personen, die beim Uebertreten des Waffenverbots betroffen werden, zu verhaften. Das freie Ausdrucksrecht und das Recht der Ausübung gottesdienstlicher Handlungen soll gewährleistet bleiben. Die zweite Verordnung gibt dem Regierungsausschuß das Recht, die Polizeigewalt in den Gemeindefreigebieten zu übernehmen. Durch die dritte Verordnung soll der Regierungsausschuß das Recht erhalten, Polizeibeamte und Landjäger im Falle grober Verstöße gegen die Dienstordnung ohne weiteres zu entlassen. In der Begründung zu den Verordnungen wird die seit einiger Zeit herrschende Unruhe angeführt. Ferner wird gemeldet, daß im Amtsblatt des saarländischen Regierungsausschusses eine Verordnung erschienen ist, wonach das Tragen der Uniform des freiwilligen deutschen Arbeitsdienstes verboten ist.

Zollwaffenstillstand mit Vorbehalten

Paris, 7. Mai
Wie aus Paris berichtet wird, stimmt die französische Regierung dem amerikanischen Vorschlag eines Zollwaffenstillstandes grundsätzlich zu, ist aber der Ansicht, daß eine solche Zustimmungserklärung von allen Mächten abgegeben werden müsse, und wird daher Vorbehalte machen.

Deutschland und die Arbeitsorganisationen

Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und der durch die Friedensverträge geschaffenen internationalen Arbeitsorganisation bildet eine der wichtigsten Fragen des Tages. Sie ist auch dadurch in den Vordergrund getreten, daß der deutsche Arbeitnehmervertreter eine Teilnahme an der letzten Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts ablehnte, eine Tatsache, die von einem französischen Gewerkschaftsvertreter zu einem Angriff gegen die deutsche Regierung benutzt wurde. Nunmehr wird von deutscher Seite zur Frage der künftigen Gestaltung der Beziehungen Deutschlands zur internationalen Arbeitsorganisation Stellung genommen. Die Deutsche diplomatische Korrespondenz veröffentlicht über diese Frage eine Darstellung, in der es heißt: Wie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet kann auch im Bereich der sozialen Fragen kein Zweifel darüber bestehen, daß Deutschland nach wie vor aktiv und loyal an allen Bestrebungen mitarbeiten wird, die der Gerechtigkeit und dem Frieden dienen. Die Bestimmungen der Friedensverträge über die internationale Arbeitsorganisation sind ein Lichtblick in diesen sonst so fortschrittsfeindlichen Instrumenten; sie stellen eine enge Beziehung zwischen der sozialen Gerechtigkeit und der Festigung des Weltfriedens her und machen es demgemäß allen Staaten zur Pflicht, ihren Arbeitern angemessene Arbeits- und Existenzbedingungen zu sichern. Wie hierfür geschaffene Zentralstelle, das Internationale Arbeitsamt in Genf, hat bei seinen Bemühungen um die internationale Verwirklichung des Schutzes der Arbeitskraft immer wieder die beispielgebende Bedeutung der in Deutschland seit Jahrzehnten geschaffenen sozialen Einrichtungen anerkannt; die führende Rolle Deutschlands in der Sozialpolitik zeigte sich am deutlichsten in der Tatsache, daß die meisten Initiativen des Internationalen Arbeitsamtes aus Ideen hervorgingen, die in Deutschland längst ihre feste organisatorische Form gefunden haben, aber in manchen anderen Ländern bis auf den heutigen Tag als undurchführbar oder gefährlich bekämpft werden. Das Internationale Arbeitsamt hat an den deutschen Vertretern stets zuverlässige und sachkundige Mitarbeiter geholt, und es wird auch weiterhin auf die gleiche Mitarbeit rechnen können, wenn es sich von Tendenzen freimacht und freihält, die nichts mit seinen Aufgaben zu tun haben und das gute Einvernehmen stören müßten. Ein Mißbrauch der internationalen Arbeitsorganisation zu politischen oder wirtschaftlichen Zwecken kann und muß verhindert werden, wenn sie sich bewußt bleibt, daß ihre alleinige Aufgabe die Förderung der sozialen Gerechtigkeit ist, eine humane Aufgabe, die nicht mit irgendwelchen Doktrinen und Egoismen verqu coast werden darf. Gewisse Befürchtungen sind nach den bisherigen Erfahrungen nicht unbegründet. Die Genfer Organisation sieht bekanntlich eine Dreiteilung der Delegation jedes Landes vor: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierungsvertreter. Es ist von Anfang an versucht worden, diese Einteilung im Sinne des Prinzips des proletarischen Klassenkampfes auszuwerten und demgemäß als vollwertige Arbeitnehmervertreter nur Exponenten des Marxismus gelten zu lassen. Die internationale Arbeitsorganisation sollte seit ihrer Schaffung zu einer Domäne der Amsterdamer Internationalen gemacht werden, die sich denn auch im Laufe der Zeit eine rücksichtslos ausgeübte Vorherrschaft in allen Organen, insbesondere die unbedingte Vorherrschaft im Verwaltungsrat, wo sämtliche sechs Arbeitnehmerstimmen von Vertretern der Amsterdamer Internationalen besetzt sind, zu sichern wußte. Alle Versuche, insbesondere von Seiten christlicher Gewerkschaften, eine Bresche zu schlagen, waren vergebens. Seitdem durch den Faschismus und sein